

Sessionsbericht

Nr. 13 / Herbst 2013

Liebe Leserinnen und Leser

28 Stunden der Herbstsession verbrachte der Nationalrat mit der Beratung von 250 hängigen Persönlichen Vorstössen (Motionen und Postulate). Das war auch nötig, wurden doch unterdessen bereits wieder etwa gleich viele Neue eingereicht. Erfreulicherweise brachten auch wir beiden EVP-Nationalrätinnen Vorstösse durch, Marianne einen und Maja zwei. Welche unerwartete Kreise die Annahme einer Motion oder eines Postulates zuweilen ziehen kann, lesen Sie auf Seite 7 unten. Viel Vergnügen bei der Lektüre dieses Sessionsberichtes.

Jetzt neue Kampfjets?

Der Nationalrat hat dem Gripen-Kauf mit robustem Mehr grünes Licht erteilt, eine Woche später der Ständerat ebenso. Doch für die EVP blieben trotz langer Debatte viele Fragen offen: Es ist nie schlüssig erklärt worden, für welches Bedrohungsszenarium wir überhaupt neue Kampfjets brauchen. Es ist stets die Rede von luftpolizeilichen Aufgaben, und dann von Bedrohungsszenarien wie Cyberangriffe, Terrorismus, Pandemien und Naturkatastrophen. Die Wahrscheinlichkeit eines konventionellen Luftkrieges ist aber verschwindend klein. Niemand konnte auch nur ein einziges Beispiel einer Luft- zu- Boden-Verteidigung nennen (die Gripen sollen laut Bundespräsident Maurer „Waffenplattformen“ sein), die in einem realen Bedrohungsszenario nötig würde. Eine Analyse der Bedrohungen und klare Definition der Instrumente der Bekämpfung ist noch immer ausstehend. Wenn man 3 Milliarden ausgeben will, muss es erlaubt sein, diese Frage zu stellen. Denn das fehlende Budget für die Verteidigung wird für den Bundesrat ein Sparprogramm nötig machen, das z.B. die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit kürzt. Von diesem Paket gibt es schon einen Entwurf, den uns Doris Leuthard gezeigt hat. Deshalb wollte die EVP das Gripen-Geschäft an den Bundesrat zurückweisen mit dem Ziel, ein Gesamtkonzept für den Einsatz der Luftwaffe zu erarbeiten und enthielt sich bei der Schlussabstimmung der Stimme.

Wir stehen hinter der Armee und hinter der Luftwaffe, wenn diese eine Aufgabe hat ausser der Luftüberwachung und dem jährlichen WEF. Das Verteidigungskonzept muss aber die Antwort sein auf die Krisen, die die Schweiz in Zukunft bedrohen und nicht in der Vergangenheit. Die vorläufige Skepsis gegenüber dem Gripen ist kein Votum gegen die Armee und auch nicht gegen den Flugzeugtyp. Mit einem Marschhalte wäre nichts verloren gewesen. Die Schweiz steht nicht unter Zeitdruck. Ausser der Gegengeschäfte, die möglicherweise nicht oder noch nicht getätigt werden können. Wir sind gespannt, ob wir während eines allfälligen Abstimmungskampfes Antworten auf unsere Fragen bekommen.



IN DIESEM BERICHT

Kampfjets	1
Alkoholgesetz	2
Mineralsteuergesetz /	
Brot statt Benzin	3
Verhaltenscodex int. Sicherheitsfirmen	4
Volksinitiative Pädophile	4
Unterstützung für Eltern beh. Kinder	5
Bankgeheimnis - FACTA	5
Sexuelle Ausbeutung	6
Volksinitiative Hausärzte	6
Familienbericht	7
Naturheilmittel	7
Energiewende	7
A propos pers. Vorstösse	7
Strafrecht	8
Ladenöffnungszeiten	8



Wird aus dem Alkoholgesetz ein Alkoholfördergesetz?

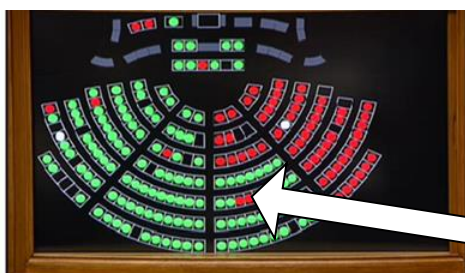
Die EVP will eine Alkoholgesetzgebung, welche den missbräuchlichen Alkoholkonsum zu reduzieren hilft und tatsächlich dem Jugendschutz dient.

Die zu beratende Vorlage erfüllte diesen Zweck in keiner Weise, deshalb stellte Maja Ingold einen [Antrag auf Rückweisung](#) an den Bundesrat, verbunden mit dem Auftrag, die Widersprüche und Inkohärenzen aus der Vorlage zu entfernen und Massnahmen vorzusehen, die dem Zweckartikel tatsächlich entsprechen. Die Rückweisung wurde mit 115 zu 70 Stimmen abgelehnt. Was aber nun in der Detailberatung herausgekommen ist, konsterniert alle, die etwas von Prävention Alkohol und Jugendschutz verstehen. Der Plan des Bundesrates ist geradezu in sein Gegenteil verkehrt worden. Das Verbot von Vergünstigungen wurde gänzlich aus dem Gesetz eliminiert. Im heute geltenden Alkoholgesetz sind Happy Hours und Flatrate-Partys für Spirituosen verboten. Der Nationalrat will diese im neuen AlkHG für alle Alkoholika erlauben. Bundesrätin Widmer-Schlumpf sprach von einem „Aufruf zum Flatrate-Saufen“. Clubs und Barbetreiber dürften sich die Hände reiben, doch die Öffentlichkeit muss die Folgen von Gewalt, Vandalismus, Littering und die Kosten von Spitaleinweisungen tragen. Vergeblich haben sich die Kantone, der Städte- sowie der Polizeiverband und Fachleute für strenge Vorschriften eingesetzt.

Die vom Ständerat geforderten alkoholgehaltabhängigen Mindestpreise sind auch wieder gekippt worden. Belegt ist durch zahlreiche Untersuchungen, dass preisliche Massnahmen den Konsum ursächlich beeinflussen. Vor allem junge Menschen und Risikokonsumierende reagieren auf Preiserhöhungen. Mit dem Verzicht auf Mindestpreise darf der Alkohol weiterhin zu Dumpingpreisen verkauft werden. (Im Coop 5dl Coke 1.20, Mineralwasser 0.60, Bier 0.55 Fr.). So bleibt es möglich, sich für wenig Geld einen massiven Rausch anzutrinken. Auch die Erhältlichkeit von Alkohol ist heute ein ernstes Problem. Die Städte sind wild entschlossen, Massnahmen zu ergreifen, um negative Begleiterscheinungen des Nachtlebens zu bekämpfen. Dazu gehört an erster Stelle ein Nachtverkaufsverbot. Wir können nicht auf der einen Seite gegen die Auswüchse der 24h-Gesellschaft anrennen und andererseits rund um die Uhr günstigen Alkohol in grossen Mengen verkaufen. Doch ein Nachtverkaufsverbot war chancenlos. Beschlossen worden ist auch ein Systemwechsel in der Spirituosenbesteuerung „Ausbeutesteuer“. Wegen der damit verbundenen Steuerausfälle werden die erfolgreichen, bestehenden Suchthilfe- und Präventionsangebote gefährdet. So könnte der „Alkoholzehntel“ (die Mittel, welche zur Bekämpfung der Ursachen und Wirkungen von Suchtproblemen eingesetzt werden) um bis zu 60% reduziert werden.

Immerhin konnte sich der Nationalrat zu zwei Präventionsmassnahmen durchringen: Erhöhung der Spirituosensteuer von 29 auf 32 Franken pro Liter und gesetzliche Verankerung von Alkoholtestkäufen. Dies bleibt ein schwacher Trost bei allen anderen Liberalisierungs- und Konsumfördermassnahmen.

Die Gesetze gehen nun zurück zum Ständerat. Es bleibt zu hoffen, dass dieser korrigierend eingreift.



Schlussabstimmung Alkoholhandelsgesetz im NR 19.9.13

EVP Nationalrätinnen

(Zitate aus Sammlung Ruedi Löffel, Mail 20. 9.) Best of and worst of aus der Debatte zum Alkoholgesetz:

„Alkohol-Sponsoren betreiben wichtige Sportförderung.“

SVP-Nationalrat Hansjörg Walter.

„Mindestpreise für Alkohol würden dazu führen, dass Jugendliche ins Ausland in den Ausgang gehen.“

SVP-Nationalrat Caspar Baader.

„Mindestpreise würden minderwertigen Fusel fördern.“

Ist CVP-Nationalrat Markus Ritter überzeugt.

„Die Wirkung von Mindestpreisen für Alkohol auf die Zielgruppe ist umstritten“ gibt BDP-Nationalrat Lorenz Hess zu Protokoll.

„Der Mindestpreis hat durchaus eine Wirkung, das ist mit Zahlen belegt“

widerlegt seine Parteikollegin Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf solche Behauptungen.

„Alkohol-Werbung untergräbt die Präventionsanstrengungen.“

SP-Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo.

„Ländliche Gebiete haben kaum Probleme mit Alkohol“.

CVP-Nationalrat Markus Ritter schiesst den Vogel ab.

„Die Werbung für Wein und Bier zu verbieten ist nicht zeitgemäss weil der Alkohol-Konsum eh rückläufig ist.“ SVP-Nationalrat Caspar Baader.

„Weil der Konsum von Alkohol rückläufig ist, lehnt die gip einen Mindestpreis ab.“

Gip-Nationalrat Thomas Maier setzt noch einen obendrauf.

„Die Folgekosten des Alkohol-Missbrauchs betragen in der Schweiz jährlich 2,3 Mia. Franken.“

Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf.

„Mindestpreise und Verkaufseinschränkungen sind bei Experten umstritten“ behauptet BDP-Nationalrat Lorenz Hess.

„Alkohol ist die Droge Nummer 1“.

SP-Nationalrat Beat Jans trifft den Nagel auf den Kopf.

BR Widmer-Schlumpf mit dem Spruch des Tages:

„Ein Aufruf zum Flatrate-Saufen.“

„Mit Vollgas in den Hunger. Brot statt Agrotreibstoffe!“

Vor dem Hintergrund von Energieknappheit und Klimaerwärmung werden so genannte Biotreibstoffe von Regierungen und multinationalen Unternehmen als zukunftsweisende Lösung angepriesen. Dies, obwohl immer mehr Studien und Erfahrungen in Produzentenländern belegen, dass der industrielle Anbau der Treibstoffpflanzen das Klima schädigt, wertvolle Ökosysteme zerstört, zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen führt und die Nahrungsmittelsicherheit von Millionen von Menschen gefährdet.

Vor diesem Hintergrund ist der Begriff «Bio» Augenwischerei, weshalb zivilgesellschaftliche Akteure von Agrotreibstoffen sprechen. Mit einer Kampagne setzen sich verschiedene Schweizer NGOs für ein internationales Moratorium ein und fordern die Schweizer Regierung auf, auf die Steuerbefreiung von Agrotreibstoffen zu verzichten.

Auch die UREK (NR-Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie) legte eine Änderung des Mineralsteuergesetzes vor, um die indirekten Auswirkungen, d.h. die unerwünschten Anreize der Steuererleichterung für biogene Treibstoffe zu mindern.

Die Förderpolitik der Industrieländer für Agrotreibstoffe führt nach wie vor zu schwerwiegenden Problemen, vor allem in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. In vielen dieser Länder sind Hunger und Mangelernährung noch immer eine bittere Realität. Eine 2012 von der Uni Bern veröffentlichte Studie über grossflächige, Landkäufe bzw. Pachtverträge („Landgrabbing“) verdeutlicht, dass die Agrotreibstoffproduktion aus Jatropha, Palmöl, Zuckerrohr und Soja eine treibende Kraft hinter dieser Fehlentwicklung ist. Dies geht oft zu Lasten der Bevölkerung, der tropischen Wälder und der Nahrungsmittelproduktion. Mit den beschlossenen Gesetzesänderungen wird die Schweiz einen vorbildlichen Weg im Sinne des Umweltschutzes und der Menschenrechte einschlagen.



Bern, 24.2.2011
Petition: Brot! Kein Benzin.

61'901 Menschen fordern strenge Zulassungskriterien für Agrotreibstoffe

Agrotreibstoffe verschärfen den Hunger und zerstören Tropenwälder. 35 Organisationen und 61'901 besorgte Bürgerinnen und Bürger fordern deshalb mit der heute übergebenen Petition vom Bund strenge Zulassungskriterien für Agrotreibstoffe in der Schweiz. Die Petition kommt im richtigen Moment: Sie unterstützt einen Gesetzesvorschlag der Umweltkommission des Nationalrats, der sich in der Vernehmlassung befindet. In Delémont wurden die Pläne für eine Agrotreibstoff-Anlage zurückgezogen.

Neue Studie zu Addax Bioenergy zeigt problematische Investitionen von Entwicklungsbanken auf:

Das Genfer Unternehmen Addax Bioenergy hat sein Bioethanol-Projekt in Sierra Leone gegenüber Investoren als nachhaltiges Projekt verkauft. Darum erhält Addax für mehr als die Hälfte der benötigten Investitionen Gelder von Entwicklungsbanken, auch von der afrikanischen Entwicklungsbank, welche von der Schweiz mitgetragen wird. Eine neue Studie von „Brot für alle“ zeigt auf, dass es gerade bei der Nachhaltigkeit des Projektes grosse Vorbehalte gibt: Die umfassenden Steuererleichterungen für das Unternehmen, die negativen Umwelteinflüsse, der Verbrauch riesiger Wassermengen während der Trockenzeit und die missbräuchlichen Absprachen mit lokalen Autoritäten werfen Schatten auf das Vorhaben. Gerade Entwicklungsbanken müssten die Auswirkungen und Risiken solcher Projekte besser evaluieren, fordert „Brot für alle“.

Verhaltenskodex für international tätige Sicherheitsfirmen

Es ist ein Prestigeprojekt der Schweizer Regierung, eine internationale Initiative zu lancieren, um die Einhaltung Verhaltensregeln durch private Sicherheitsunternehmen zu fördern. Über 700 Unternehmen sind dem Verhaltenskodex seither beigetreten.

Vor diesem Hintergrund wollte der Bundesrat den Beitritt zum Kodex für Schweizer Firmen obligatorisch machen. Eine bürgerliche Mehrheit des Nationalrates entschärfte dann aber das neue Gesetz. Die Lockerung war Ergebnis der erfolgreichen Lobbyarbeit des milliardenschweren Sicherheitskonzerns Tyco, der seinerseits nicht mit all den Söldnerfirmen in den gleichen Topf geworfen werden wollte.

Die „Lex Tyco“ wurde heftig kritisiert in der Debatte, doch das Gesetz wurde in der Abstimmung richtiggehend ausgehöhlt und dessen Geltungsbereich massiv eingeschränkt z.B. nur auf „staatliche“ Bewachungsobjekte. Dann würde es also für eine private Polizeifirma von einem Minenmulti wie Glencore im Kongo nicht gelten, das wäre unsinnig. Zum Glück setzte der Ständerat dem Gesetz die Zähne wieder ein, die ihm der Nationalrat gezogen hatte. In der Differenzbereinigung und nach verschiedenen Gesprächen mit den Meinungsbildnern (z.B. Maja in unserer CVP-EVP-Fraktion) hatte der Nationalrat mehr Einsicht und lenkte ein.

Abstimmungskrimi zur Volksinitiative Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen.

Einmal mehr geriet der Nationalrat wegen der Kompromisslosigkeit gewisser Parteien in eine blockierte Situation. Das Anliegen der Initiative wird in ihren Grundzügen von uns EVP-Nationalrätinnen zwar voll und ganz unterstützt. Die Initiative trägt jedoch dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit nicht Rechnung und schafft erhebliche Probleme in der Umsetzung, ähnlich wie bei der Ausschaffungsinitiative.

Beispiel: Ein 19jähriger Jugendlicher, der einvernehmlich intimen Kontakt mit seiner 17jährigen Freundin hat, ist genauso von einem lebenslangen Berufsverbot betroffen wie ein Pädophiler.

So kann das ja nicht gemeint sein. Der Ständerat unterbreitete deshalb einen guten konstruktiven Gegenvorschlag: Dieser forderte für „Straftaten einer gewissen Schwere gegen die sexuelle Integrität einer minderjährigen oder besonders schutzbedürftigen Person...“ ein Berufsverbot von mindestens 10 Jahren bis lebenslänglich. Leider trat der Nationalrat auf diesen griffigen, differenzierten und verfassungskonformen Gegenvorschlag nicht ein.

Obwohl wir EVP-Nationalrätinnen den Gegenvorschlag unterstützt haben und die vorliegende, nicht verfassungskonforme Fassung absolut nicht optimal ist, haben wir in der Schlussabstimmung trotzdem zugestimmt. Das Anliegen ist zu wichtig! Es gab eine kleine Mehrheit im Nationalrat für die Initiative, im Ständerat wurde sie zur Ablehnung empfohlen. Deshalb gibt es nun für die Volksabstimmung keine Empfehlung des Parlamentes.



Entlastung für Eltern behinderter Kinder mit Spitex sicherstellen

Ein Bundesgerichtsurteil von 2010, wonach für Pflegemassnahmen, die von Nichtfachleuten übernommen werden, kein Anspruch auf Kinderspitex-Leistungen besteht, hat sich für die Betroffenen fatal ausgewirkt. Im September 2011 reichte Marianne deshalb eine Motion ein mit der Forderung nach klaren Regelungen, insbesondere bei der Grundpflege von Kindern mit einer schweren Geburtsbehinderung. Mit dem erwähnten Bundesgerichtsurteil werden nämlich genau jene Eltern bestraft, die dank ihrer Erfahrung, ihrer Fähigkeiten und der von ihnen erworbenen pflegerischen Kompetenzen ihrem Kind eine hervorragende Pflege bieten. Sie haben nun weniger Anspruch auf Entlastungsunterstützung. Pflegenden Angehörige sollten bei entsprechendem Bedarf unbürokratisch und effizient zu jener professionellen Unterstützung gelangen, die sie davor bewahrt, die Gesundheit ihres Kindes und ihre eigene Gesundheit aufs Spiel zu setzen. Dieser Meinung war auch der Nationalrat und hat Mariannes Motion überwiesen Sie geht nun an den Ständerat.



Bankgeheimnis

Die Schweiz gewährt den USA in Zukunft einen beinahe automatischen Informationsaustausch. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat das Abkommen zur Umsetzung des US-Steuergesetzes FATCA genehmigt. Mit dem Gesetz verpflichten die USA ausländische Banken dazu, Konten von US-Kunden ihren Steuerbehörden zu melden. Die Banken sind gezwungen, das Gesetz ab Mitte 2014 umzusetzen, sofern sie nicht faktisch vom US-Kapitalmarkt ausgeschlossen werden wollen.

Auch wir EVP-Nationalrätinnen stimmten beide dem Abkommen zu. Wir sind überzeugt, dass jetzt auch Verhandlungen über einen beschränkten automatischen Informationsaustausch (AIA) mit den EU- und allenfalls weiteren Staaten aufzunehmen sind. Zum jetzigen Zeitpunkt kann die Schweiz in dieser Frage noch agieren und in Verhandlungen gewisse Gegenleistungen einfordern (vereinfachte Legalisierung bestehender Schwarzgelder, freier Marktzugang, keine Verwendung gestohlener Bankdaten).

Wenn die Schweiz zuwartet, bis der AIA zumindest in der OECD zum Standard geworden ist, wie dies der Bundesrat will, wird der Handlungsspielraum kleiner sein.

Den Motionstext samt Antwort des Bundesrates finden Sie [hier](#)

Mariannes Votum im Rat : [hier](#)

Sexuelle Ausbeutung – Umsetzung Lanzarote Konvention

Der Nationalrat stellt Sex mit minderjährigen Prostituierten unter Strafe. Freier sollen mit bis zu drei Jahren Haft bestraft werden. Wie zuvor der Ständerat hat er entsprechende Änderungen im Strafgesetzbuch gutgeheissen, und dies ohne eine Gegenstimme. Heute macht sich ein Freier nur strafbar, wenn die oder der Prostituierte unter 16 Jahre alt ist. Mit der Änderung des Strafgesetzes ist neu auch die Förderung der Prostitution von Minderjährigen strafbar. Mit den Neuerungen will der Bundesrat die Lanzarote-Konvention zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung umsetzen, welche die Schweiz 2010 unterzeichnet hatte. Die SVP scheiterte mit einer Reihe von Anträgen, die darauf abzielten, den Strafrahmen im Vergleich zur Vorlage des Bundesrats zu erhöhen. Das Ziel der Vorlage ist eindeutig: Wir wollen Kinder vor sexueller Ausbeutung schützen. Der Staat, die Gesellschaft, wir alle sind verpflichtet, alles zu tun, was in unserer Macht steht, um gegen diese Art von Missbrauch vorzugehen. Deshalb hat der Rat mit 188 zu 0 Stimmen der Umsetzung der Konvention zugestimmt.

Volksinitiative Hausärzte

Das Parlament hat sich auf einen direkten Gegenvorschlag zur Hausarztinitiative geeinigt. Der Nationalrat ist am Donnerstag auf die schlankere Version des Ständerats umgeschwenkt. Im Gegenvorschlag ist unter anderem festgehalten, dass Bund und Kantone für eine "allen zugängliche medizinische Grundversorgung von hoher Qualität sorgen" und die Hausarztmedizin als "wesentlichen Bestandteil" dieser Grundversorgung anerkennen. Den Ausschlag für diese Variante gaben die Signale der Initianten, das Volksbegehren zurückziehen zu wollen. Allerdings wollen die Initianten mit diesem Schritt noch zuwarten. **

Mit staatlich subventionierten Praktikumsplätzen in Hausarzt-Praxen soll der Bund dem Hausarztmangel entgegen wirken. Der Nationalrat hiess einen entsprechenden Vorstoss mit 96 zu 79 Stimmen bei 5 Enthaltungen gut. Ausserdem soll es für Mediziner und andere Gesundheitsberufe attraktiver werden, sich in Gemeinschaftspraxen zu organisieren.

Maja erklärte die Position der EVP bereits anlässlich der Erstberatung im März dieses Jahres. Dem Initiativkomitee komme das Verdienst zu, ein brennendes Thema so aufzugreifen, dass die Politik sich bewegen müsse. Für diesen Motor sei die EVP dankbar. Die Forderungen der Initiative seien nur auf Fachärzte der Hausarztmedizin bezogen und weitgehend auf die Situation von Arztpraxen von heute ausgelegt und somit auf dem altbewährten Modell für die Nachfolger der altbewährten Hausärzte aufgebaut. Das soll garantiert und optimiert werden.

Es ist zwar unbestritten: Solange Spezialärzte bei gleicher Präsenzzeit teils fünfmal mehr verdienen, stimmt etwas nicht mit der Abgeltung der Leistungen; die technischen werden viel zu hoch bewertet. Solange dieser Unterschied so krass ist, wächst die Attraktivität für Allgemeinpraxiseinsteiger nicht. Dass aber die Erhöhung der Abgeltung für Hausärzte - von 340 Millionen Franken wird gesprochen - nicht auf den Buckel der Prämienzahler überwälzt werden kann, ist klar. Hier müssen die Hausärzte mit ihren hoffentlich doch letzten Endes solidarischen Spezialistenkollegen irgendwann vernünftige Kompromisse finden, die die Leistungserbringung und ihre Abgeltung fair und korrekt abbilden.

Diese Aufgaben, inklusive Tarmed und Analyseliste, will der Bundesrat mit dem Masterplan angehen. Die Öffnung auf die ganze Grundversorgung hin ist zusammen mit vielen übereinstimmende mit den Forderungen im durchdachten Gegenvorschlag des Ständerates realisiert. Diesem stimmte auch der Nationalrat mit 140 zu 49 Stimmen zu.

** Am letzten Sessionstag gab der Bundesrat bekannt den Forderungen der Hausärzte mit jährlich 200 Millionen zu entsprechen, worauf die Initiative prompt zurückgezogen wurde.



Dritter Familienbericht

In einem weiteren Familienbericht nach 1982 und 2004 wird der Bundesrat sich mit der Situation der Familien befassen. Der Nationalrat überwies, auch mit der EVP-Unterstützung, mit 94 zu 85 Stimmen bei 9 Enthaltungen ein Postulat und erteilte damit dem Bundesrat den Auftrag, einen dritten Familienbericht zu erstellen. Dieser soll einen statistischen und thematischen Teil umfassen. Letzterer soll sich - nach dem Nein zum Familienartikel im Frühjahr - auch mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf befassen, forderte Lucrezia Meier-Schatz (CVP/SG). Der Bundesrat lehnte die Forderung ab. Sozialminister Alain Berset verwies auf die umfangreichen laufenden Untersuchungen und Arbeiten zum Thema Familie bei verschiedenen Stellen der Bundesverwaltung.

Anerkennung Naturheilmittel

Der Nationalrat macht Druck, dass eine Verordnung zur Anerkennung von pflanzlichen Arzneimitteln rasch durchgeführt wird. Eine entsprechende Motion nahm er mit 118 zu 63 Stimmen bei 6 Enthaltungen an. Yvonne Gilli (Grüne/SG) kritisierte, dass die Revision der Komplementär- und Phytoarzneimittelverordnung trotz Vernehmlassung im Jahr 2009 noch immer nicht abgeschlossen sei. Die fehlende Grundlage führe zu einer Reduktion der Vielfalt an pflanzlichen Arzneimitteln.

Energiewende

Der Nationalrat hat sich ohne Diskussion gegen den Vorschlag der kleinen Kammer ausgesprochen, die Gelder aus der kostendeckenden Einspeisevergütung nur Eigentümern von Kleinanlagen mit einer Leistung von mehr als 30 Kilowatt zuzusprechen. Dies, weil sich die beiden Räte bereits in der Sommersession auf einen Kompromiss geeinigt hatten. Im indirekten Gegenentwurf zur Cleantech-Initiative der SP hielten sie nämlich fest, dass Solaranlagen mit einer Leistung von bis zu 10 Kilowatt eine Einmalvergütung, aber keine KEV erhalten. Eigentümer von Anlagen zwischen 10 und 30 Kilowatt wiederum sollen zwischen Einmalvergütung und KEV wählen können.

A propos persönliche Vorstösse 1:

Interessanter Besuch aus dem Europa-Parlament

In der letzten Sessionswoche traf Marianne im Parlamentsgebäude den General Rapporteur des Europa-Parlamentes für den Themenbereich Gewalt gegen Frauen zu einer Unterredung. Er hat von der Annahme von Mariannes Postulat „Stopp dem Menschenhandel zum Zweck sexueller Ausbeutung“ gehört. Zusammen mit ihm und dem Sekretär der europäischen Kommission für Gleichstellung und gegen Diskriminierung fand ein fruchtbarer Gedankenaustausch statt. Amtssprache war französisch, was sich als gute Verständnisbasis bewährte, obwohl wir alle nicht in unserer Muttersprache redeten.

Herr Mendes kämpft mit seiner Kommission europaweit für einen besseren Schutz der Frauen vor Menschenhandel und Gewalt. Alle gesammelten Eindrücke, Feststellungen und Erfahrungen aus Gesprächen mit Politikerinnen, Fachstellen und Betroffenen in verschiedenen europäischen Ländern fließen ein in einen umfassenden Bericht, der für Januar 2014 erwartet wird.



Europaparlament Abgeordneter José Mendes Bota

A propos persönliche Vorstösse 2:

Rezepte der EVP sind mehrheitsfähig

Freude herrscht bei unseren zwei EVP-Nationalrätinnen Marianne Streiff (BE) und Maja Ingold (ZH). Der Nationalrat hat in der ersten Sessionswoche ihre Motionen „Entlastung für Eltern behinderter Kinder mit Spitex sicherstellen“ und „Suizidprävention. Handlungsspielraum wirkungsvoller nutzen“ zugestimmt. (Zitat aus der Medienmitteilung von Nik Hari.)

Strafrecht

Der Nationalrat will die Geldstrafe einschränken, aber nicht abschaffen. Er lehnte am Mittwoch eine Rückkehr zum alten Bussensystem, wie es vor 2007 galt, deutlich ab. Die bürgerliche Rechte, die das heutige System für grundsätzlich ungeeignet und kompliziert hält, wollte zum alten System zurück. Justizministerin Simonetta Sommaruga und die übrigen Parteien zeigten sich überrascht über die Forderung: Niemand habe sich im Vernehmlassungsverfahren dahingehend geäußert. Da mit eingeschränkter Geldstrafe wieder mehr Menschen Freiheitsstrafen verbüssen müssen, will es der Nationalrat den Kantonen erlauben, Fussfesseln für den Strafvollzug einzusetzen. Heute ist das versuchsweise erlaubt. In der Gesamtabstimmung nahm der Rat die Vorlage mit 77 zu 54 Stimmen bei 52 Enthaltungen an.

Und noch ein Ärgernis zu den Ladenöffnungszeiten:

Nur drei Tage nach der Volksabstimmung über die Tankstellenshops hat sich – wie von der EVP und der Sonntagsallianz prophezeit, der Nationalrat für eine weitere Liberalisierung im Detailhandel ausgesprochen: Kleine Läden in Randregionen sollen sonntags Personal beschäftigen dürfen. Stimmt der Ständerat ebenfalls zu, muss der Bundesrat den Räten eine Änderung des Arbeitsgesetzes vorlegen. Der Walliser CVP-Nationalrat Yannick Buttet machte in seinem Vorstoss geltend, Bewohner von Randregionen seien benachteiligt, da sie vom Angebot in urbanen Zentren, Bahnhöfen und entlang der Hauptverkehrsachsen nicht profitieren könnten. Die Gewerkschaften hatten die Liberalisierung für Tankstellenshops, welche das Stimmvolk am Sonntag mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 56 Prozent annahm, nicht zuletzt mit Blick auf weitere Begehren für Liberalisierungen im Detailhandel bekämpft



Neue eingereichte Vorstösse von Maja Ingold:

Fragestunde:
„IV-Revision 6a. Erfolgskontrolle“

Postulat:
„Schwarzgeldabflüsse aus Entwicklungsländern“

Interpellation:
„Die IV ist ein Stigma im Bewerbungsprozess“

[Alle Vorstösse zu finden bei](#)

[Maja Ingold: eingereichte Vorstösse](#)

[Marianne Streiff: eingereichte Vorstösse](#)

Für Ihr Interesse an unserer Arbeit und für all Ihre Unterstützung danken wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser herzlich.

Maja Ingold
Marianne Streiff